



## ARMEEREFORM

■ ANALYSE		
Zur Reform der Streitkräfte der Ukraine		2
Martin Malek, Wien		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Statistiken zu den ukrainischen Streitkräften		5
■ DOKUMENTATION		
Unfälle der ukrainischen Streitkräfte seit 2000		8
■ CHRONIK		
Die Beziehungen der Ukraine mit der NATO		8
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 23. April bis zum 12. Mai 2008		11

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 27.5.2008.  
Themen werden die Debatte um das Regierungssystem und die Rolle von Großunternehmen in der ukrainischen Politik sein.*



## Analyse

# Zur Reform der Streitkräfte der Ukraine

Martin Malek, Wien

## Zusammenfassung

Der Beitrag behandelt den Verlauf der Reform der Streitkräfte der Ukraine seit 1991 mit dem Schwerpunkt auf den Entwicklungen seit der Orangen Revolution. Er fasst jenen Abschnitt zusammen, der den Streitkräften im Koalitionsabkommen der »Orangen Parteien« von 2008 gewidmet ist, veranschaulicht die Personalentwicklung ab 2005 sowie den Ausrüstungsstand von 2007 und skizziert das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft als Faktor der Streitkräftereform. Deren Zwischenbilanz wird durch die unzureichende Finanzierung des »Staatlichen Programms zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« getrübt.

## Ausgangsposition und Phasen der Reform

Ende 1991 war in der Ukraine ein signifikanter Teil der Sowjetstreitkräfte stationiert, konkret 780.000 Mann, 6.500 Panzer, fast 7.000 Panzerfahrzeuge, ca. 1.500 Kampfflugzeuge, ca. 350 Kriegsschiffe der Schwarzmeerflotte sowie 1.272 strategische und fast 2.500 taktische Atomsprengköpfe. Beim Zerfall der UdSSR unterstellte sich die Ukraine die gerade auf ihrem Territorium stationierten Einheiten der Sowjetarmee (mit Ausnahme der Kernwaffen) und machte sie zur Grundlage ihrer Nationalarmee. Diese ist seit damals in einem praktisch permanenten Prozess der Umstrukturierung und zahlenmäßigen Reduzierung begriffen. Das Verteidigungsministerium in Kiew unterscheidet dabei vier Etappen:

- 1.) Formierung der Streitkräfte der unabhängigen Ukraine (1991 – 1996): Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Streitkräfte, Verabschiedung der ersten Militärdoktrin (1993), erste Strukturereformen, Einrichtung von Leitungssystemen (mit Bildung eines Verteidigungsministeriums, eines Generalstabes usw.), erhebliche Reduzierungen der Mannschaftsstärken (1991–96 um fast 410.000 Personen) und der Hardware (so z.B. um 600 Kampfflugzeuge, fast 250 Hubschrauber, 2.400 Panzer und 2.000 Panzerfahrzeuge). Mit Juni 1996 waren alle Kernwaffen aus der Ukraine abgezogen.
- 2.) Weiterer Aufbau der Streitkräfte (1997 – 2001): Am 20. Januar 1997 verfügte Präsident Leonid Kutschma per Erlass das »Staatliche Programm für Aufbau und Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine bis zum Jahr 2005«. Am 28. Juli 2000 bestätigte Kutschma per Erlass ein »Staatliches Programm zur Reformierung und Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine bis zum Jahr 2005«. Ende des Jahres 2000 waren die Streitkräfte noch 310.000 Soldaten und 90.000 zivile Angestellte stark.

- 3.) Reform und Entwicklung der Streitkräfte (2001 – 2005): Arbeit an der Umsetzung des Staatlichen Programms von 2000, Fortsetzung von Reform und personeller Reduzierung, Verabschiedung einer neuen Militärdoktrin (2004), bis 2005 Zusammenlegung von Luftwaffe und Luftverteidigung (seither setzen sich die Streitkräfte nach Artikel 3 des erstmals 1991 beschlossenen und bis 2008 mehrfach geänderten Gesetzes »Über die Streitkräfte der Ukraine« aus dem Generalstab, den drei »klassischen« Teilstreitkräften Landheer, Luftwaffe und Kriegsmarine sowie Einheiten, Truppenteilen, Ausbildungsstätten und Organisationen zusammen, die nicht zu den Teilstreitkräften gehören). Mit der Orangen Revolution und der daraus resultierenden Präsidentschaft von Viktor Juschtschenko änderten sich 2005 die Rahmenbedingungen (auch) für die Militärreform erheblich – u.a. deswegen, weil die neue Führung ihre Absicht bekundete, der NATO beizutreten.
- 4.) Entwicklung der Streitkräfte (2006 – 2011): Am 28. Dezember 2005 bestätigte Juschtschenko per Erlass ein »Staatliches Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011«. Die wichtigsten Problemkreise der Reform der Streitkräfte nach diesem – in ukrainischen Analytikerkreisen nicht unumstrittenen – Dokument betreffen dem Weißbuch des ukrainischen Verteidigungsministeriums für 2007 zufolge das Leitungssystem der Streitkräfte; ihre Struktur und zahlenmäßige Stärke; die militärische Infrastruktur; die Vorbereitung der Truppen; sowie Kader und militärische Ausbildung.

2007 war das zweite Jahr der Umsetzung des »Staatlichen Programms zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011«, das zu einer modernen und professionellen Armee führen und dem außenpolitischen Kurs der Orangen Führung – Annäherung an die euro-atlantische Integration mit dem

Ziel von Mitgliedschaften in NATO und EU – Rechnung tragen soll.

### Die Streitkräfte im Koalitionsabkommen von 2008

Der Abschnitt »Moderne Streitkräfte« im Arbeitsprogramm der Koalitionsregierung aus den Blöcken Julia Timoschenkos und Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes nennt u.a. folgende »strategische Prioritäten« von Reform und Entwicklung der Streitkräfte:

- Annäherung von Leitungssystemen, Bemannung, Ausbildungsniveau und Ausrüstung mit Waffen und Rüstungstechnik an die Standards der NATO-Mitglieder;
- Abschluss des Übergangs auf den Militärdienst nach Vertrag (d.h. auf eine Berufsarmee);
- die Militärorganisation des Staates und die Rüstungsindustrie sollen adäquat auf Bedrohungen der nationalen Sicherheit im militärischen Bereich reagieren können;
- Ausrüstung der Streitkräfte mit neuen Waffen, Modernisierung vorhandener;
- Integration der Ukraine in europäische und euroatlantische kollektive Sicherheitssysteme;
- Umsetzung eines effektiven Mechanismus zur demokratischen und zivilen Kontrolle über den Stand von Reform und Entwicklung der Streitkräfte und den Umbau des Sicherheitssektors im Ganzen;
- soziale Absicherung jener Militärangehörigen, die in die Reserve oder den Ruhestand versetzt werden;
- Verstärkung der militär-patriotischen Erziehung der Bevölkerung.

Zur Realisierung dieser Ziele sieht die Regierung u.a. vor:

- Ausarbeitung von gesetzlichen Grundlagen, welche die Streitkräfte von der Wahrnehmung von ihnen an sich nicht zukommenden Funktionen (so z.B. Verkauf von überschüssiger militärischer Ausrüstung) entbinden;
- Volle Durchführung der Maßnahmen zur Zusammenarbeit mit der NATO;
- Sicherung der staatlichen Finanzierung der Streitkräfte entsprechend dem »Staatlichen Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011«;
- Entwicklung, Produktion und Ankauf von Waffen und Rüstungstechnik als Grundlage einer Modernisierung der Streitkräfte und der Entwicklung der ukrainischen Rüstungsindustrie;
- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen der Fortsetzung der Teilnahme der Ukraine an der militärischen und militär-technischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten;

- Umsetzung eines Mechanismus zur Kreditvergabe an Militärangehörige mit dem Ziel, die Zahl der Wohnungssuchenden aus diesem Kreis zu reduzieren.

### Personalentwicklung

Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte wird entsprechend den Vorgaben des staatlichen Programms und anderen einschlägig bedeutenden Festlegungen reduziert. Die konkreten Zahlen zeigt Tabelle 1 auf Seite 5.

Bisher gilt in der Ukraine die Wehrpflicht; der Wehrdienst dauert 12 Monate (für Hochschulabsolventen bis zu neun Monate), in der Kriegsmarine bis zu 18 Monate. Die Staatsführung strebt jedoch eine »Professionalisierung« der Streitkräfte an, worunter u.a. eine Rekrutierung von Personal auf Vertragsbasis zu verstehen ist. Der entsprechende Plan wurde nach dem Weißbuch des Verteidigungsministeriums 2006 zu 94 % und 2007 zu 101,8 % erfüllt. 2007 dienten fast 51.000 Personen in den Streitkräften nach Vertrag. Das »Staatliche Programm zum Übergang der Streitkräfte der Ukraine zur Rekrutierung von Militärangehörigen, die Militärdienst per Vertrag absolvieren« (verfügt durch Präsidialerlass vom 17. April 2002) war ursprünglich bis zum Jahr 2015 angelegt. 2005 fiel aber die Entscheidung, die Überführung der Streitkräfte auf das Vertragssystem zu beschleunigen und bereits 2010 abzuschließen. Das fand im »Staatlichen Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« dann auch seinen Niederschlag.

Die Streitkräfte sollen im Jahr 2011, also 20 Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine, in »Vereinte schnelle Eingreifkräfte« (bis zu 29.000 Mann), »Haupt-Verteidigungskräfte« (bestehend aus »Aufwuchskräften« mit 20.000 und »Stabilisierungskräften« mit 45.000 Mann) sowie Truppenreserven (20.000 bis 30.000) gegliedert sein. Einen Überblick über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte gibt Tabelle 2 auf Seite 6.

### Ausrüstung

Die Ausrüstung besteht derzeit noch ganz überwiegend aus Waffen aus der Sowjetzeit und aufgrund sowjetischer Standards in postsowjetischer Zeit gefertigten Geräten. Das Verteidigungsministerium möchte seinem Weißbuch zufolge Waffensysteme in allen Teilstreitkräften modernisieren, darunter den Panzertyp T-64 BM »Bulat«; die Raketen »Toschka-U«; die Hubschrauber Mi-14, Mi-24 und Ka-27; die Flächenflugzeuge An-24, An-26, An-30, L-39, Su-24, Su-25, Su-27 und MiG-29; die Luftabwehrkomplexe S-300 und 9K37 »Buk«; die Kriegsschiffe »Hetman Sahajdatschny« und »Luzk« usw. Konkrete Vorgaben für den Ausrüstungsbereich macht das »Staatliche Programm für Entwick-

lung von Bewaffnung und Militärtechnik der Streitkräfte bis zum Jahr 2015«.

Nach den Taschkenter Vereinbarungen vom Mai 1992, die die Quoten der früheren UdSSR im Rahmen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) auf die betroffenen früheren Sowjetrepubliken aufteilten, dürfte die Ukraine 450.000 Mann, 4.080 Panzer, 5.050 Panzerfahrzeuge, 4.040 Artilleriegeschütze, 1.090 Kampfflugzeuge und 330 Kampfhubschrauber unterhalten. Sie liegt aber in allen Kategorien erheblich darunter, wie Tabelle 3 auf Seite 6 zeigt.

### Das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft als Faktor der Streitkräftereform

Das Ziel der Vollmitgliedschaften in EU und NATO war bereits im Gesetz »Über die Grundlagen der nationalen Sicherheit der Ukraine« vorgesehen gewesen (Artikel 8). Es stammt aus dem Jahr 2003, als Viktor Janukowitsch erstmals Premierminister war. Die ursprüngliche Fassung der Militärdoktrin von 2004 hatte das Ziel eines NATO-Beitritts enthalten. Kutschma entfernte es dann, doch Juschtschenko fügte es wieder in das Dokument ein. Das »Staatliche Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« entstand bereits unter Berücksichtigung von NATO-Expertise. Die in außen- und sicherheitspolitischen Fragen wenig versierte Ministerpräsidentin Timoschenko hatte klare Aussagen zur NATO lange vermieden bzw. sich widersprüchlich geäußert, stellte sich aber schließlich hinter das Ziel einer Mitgliedschaft – so auch im derzeit gültigen Koalitionsabkommen von 2008: Der Abschnitt »Die Ukraine und die Welt« nennt explizit das Ziel eines NATO-Beitritts – »bei Erhalt gleichberechtigter und gutnachbarlicher Beziehungen mit der Russländischen Föderation und anderen Nachbarländern«.

Das Abkommen macht den NATO-Beitritt aber vom Ergebnis einer Volksabstimmung abhängig, und eine solche würden zweifellos die NATO-Gegner für sich entscheiden: Sämtliche Meinungsumfragen zeigen eine große Mehrheit gegen die NATO, wie auch die Grafiken 2 und 3 auf Seite 7 zeigen, und das dürfte sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern – ungeachtet der Bemühungen, welche Präsident und Regierung unternehmen, um die öffentliche Meinung in der Ukraine zugunsten der NATO zu beeinflussen. Insbesondere im Osten des Landes starke oppositionelle Kräfte – und konkret die Partei der Regionen Janukowitschs sowie die Kommunisten – wenden sich entschieden gegen einen NATO-Beitritt.

Dazu kommt der »russische Faktor«: Hochrangige Moskauer Offizielle haben zwecks Untermauerung ihrer Warnungen vor der NATO immer wieder massive Drohungen an die Adresse der Ukraine gerichtet.

Präsident Wladimir Putin sprach von Raketen, die auf das Land gerichtet werden könnten, und andere prominente Stimmen (so etwa der Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow) stellten – nicht zum ersten Mal – eine Abspaltung der Halbinsel Krim und/oder der östlichen Landesteile von der Ukraine in den Raum. Offenkundig auch und gerade unter dem Eindruck des ebenso schroffen wie selbstbewussten Agierens des Kremls verwehrte die NATO bei ihrem Gipfeltreffen in Bukarest im April 2008 der Ukraine einen Membership Action Plan (MAP).

Es wäre aber ohnedies unklar, wie die Ukraine angesichts der zumindest noch bis 2017 andauernden Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim (mit 13.000 Mann im Jahr 2007) einem Militärbündnis beitreten sollte. Aus allen diesen Gründen ist ein NATO-Beitritt der Ukraine in der überschaubaren Zukunft sehr unwahrscheinlich – ganz unabhängig von der Wünschbarkeit eines solchen Schrittes für die Ukraine selbst, das Bündnis oder die gesamteuropäische Sicherheit.

Nichtsdestotrotz sollen die ukrainischen Streitkräfte (und u.a. die Bereiche Führung, Stabsprozeduren, Ausbildung und Schulung, Technik und Standardisierung) nach allen den Sicherheitssektor betreffenden Dokumenten der Juschtschenko-Führung im Zuge der laufenden Reformen auf NATO-Standards umgestellt werden. So machte das Weißbuch des Verteidigungsministeriums für 2007 explizit, dass die Leitung der Streitkräfte »unter Berücksichtigung der Standards der Streitkräfte der fortgeschrittenen Länder Europas und des Nordatlantikkpakts« zu optimieren ist. »Die Struktur des Generalstabes nähert sich den Strukturen der Stäbe der Streitkräfte der NATO-Staaten an«. Im Generalstab gibt es eine Verwaltung für Euroatlantische Integration. Das Weißbuch setzt fort, dass »die Leitungsorgane der Armeekorps auf neue Organisationspläne übergeführt werden, die an NATO-Standards angenähert sind«.

Zudem möchte man – so heißt es z.B. in einer Anlage zu einem Erlass Juschtschenkos über die Kooperation mit der NATO vom 18. Juni 2007 – eine Interoperabilität der Streitkräfte der Ukraine mit der NATO erreichen. Offenbar dient auch die Betonung der Notwendigkeit von ziviler Kontrolle über die Streitkräfte in praktisch allen sicherheitspolitisch relevanten Dokumenten sowie im derzeit gültigen Programm der Koalitionsregierung von 2008 der Annäherung an die NATO, denn diese Frage besitzt in den meisten anderen GUS-Mitgliedsländern sichtlich keine Priorität.

Kooperation mit der NATO in der Reform des Sicherheits- und Verteidigungssektors bedeutet nicht, dass das entsprechende Land der Allianz »zwangsläufig« beitreten wird oder »muss«. Ohne Berücksichti-

gung von NATO-Vorstellungen ist ein Beitritt aber von vornherein unmöglich. Sie werden institutionalisiert auch und gerade über die NATO-Ukraine Joint Working Group on Defence Reform (JWGDR) vermittelt, die 1998 unter den Auspizien der NATO-Ukraine-Kommission entstand. Der NATO-Homepage zufolge ist die Kooperation mit der Ukraine »in the area of defence and security sector reform (...) more extensive than with any other Partner country«. Erwähnenswert ist auch die 2006 ins Leben gerufene NATO-Ukraine Working Group on Civil and Democratic Control of the Intelligence Sector, die Kiew dabei unterstützen soll, seine Geheimdienste so zu reformieren, dass sie den Anforderungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates voll entsprechen.

### Zwischenbilanz der Reform

Besondere Aufmerksamkeit widmet das Weißbuch des Verteidigungsministeriums für 2007 der Verbesserung der Kommandostrukturen der Streitkräfte. Es merkt dazu an, dass sich diese »erheblich« an jene Parameter angenähert haben, die das »Staatliche Programm der Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« vorsieht. Dieses leidet aber – wie das Weißbuch selbst einräumt – unter einer erheblichen Unterfinanzierung. »Vijsko Ukrainy«, ein offizielles Organ

des Verteidigungsministeriums, meinte in seiner Ausgabe Nr. 4/2008 sogar, dass deswegen »sehr wichtige Maßnahmen zur Hebung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte« nicht ergriffen werden können.

Die Wohnungsnot von Soldaten ist und bleibt ein ernsthaftes Problem. Anfang 2008 verfügten 52.000 Soldaten über keine eigenen Wohnungen. Anfang 2008 erklärte Verteidigungsminister Jurij Jechanurow, dass die Wohnungsfrage das Hauptproblem bei der Umstellung auf eine Berufsarmee sei. Er musste einräumen, dass die entsprechenden Planungen bis 2011 nicht einzuhalten sind. Seine Stellvertreterin Nadija Dejewja beklagte alleine 2006–2007 einen Fehlbestand von 9.500 Wohnungen.

Dennoch zog das Weißbuch eine tendenziell positive Zwischenbilanz: Die vom »Staatlichen Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« vorgesehenen Maßnahmen seien 2006/2007 »im Ganzen erfüllt« worden. Die ukrainische Armee würde sich an die für 2011 vorgesehenen Parameter annähern. Und die NATO meinte Ende 2007 auf ihrer Homepage: »Overall, good progress is being made and it is likely that the main targets set in the Ukrainian State Programme 2006–2011 are likely to be met, despite shortfalls in the resources allocated«.

#### Über den Autor:

Martin Malek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Seine Arbeitsgebiete sind Krisen und Konflikte in der GUS, Außen- und Sicherheitspolitik der GUS-Mitglieder sowie failed-states-Theorien.

## Tabellen und Grafiken zum Text

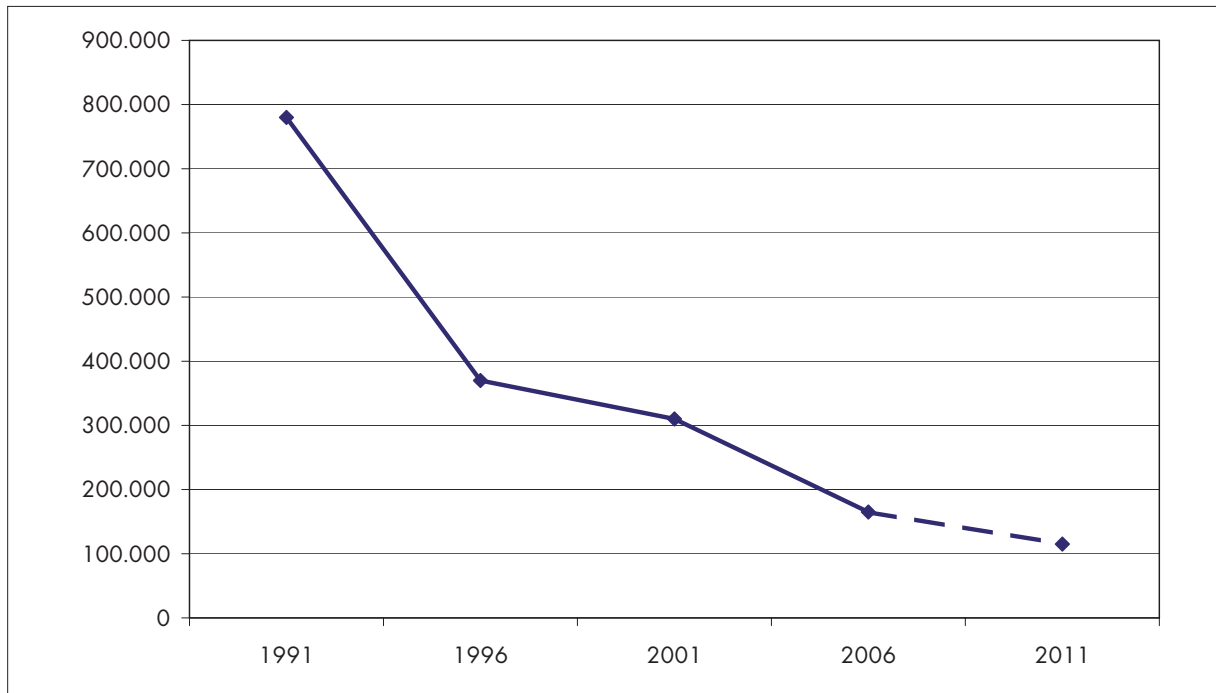
### Statistiken zu den ukrainischen Streitkräften

Tabelle 1: Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine 2005–2008

	2005	2006	2007	2008*
Soldaten	180.000	165.000	152.000	148.000
Zivilisten	65.000	56.000	48.000	43.000
<b>Gesamtzahl</b>	<b>245.000</b>	<b>221.000</b>	<b>200.000</b>	<b>191.000</b>

Quelle: *Bila knyha 2007. Oboronna polityka Ukrainy. Kyjiv 2008*, S. 110.

\* Vorgaben des Gesetzes »Über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine für das Jahr 2008«.

**Grafik 1: Truppenstärke der ukrainischen Armee 1991–2008**

**Tabelle 2: Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine 2006 und 2011**

	2006	2011 (Plan)
Landheer	88.000 gesamt	60.000, davon 52.000 Soldaten (in 16 Brigaden)
Luftwaffe	51.000 gesamt	35.000, davon 32.000 Soldaten
Kriegsmarine	20.000, davon 15.000 Soldaten	11.000 Soldaten
Streitkräfte gesamt	221.000, davon 165.000 Soldaten und 56.000 Zivilisten	140.000, davon 115.000 Soldaten und 25.000 Zivilisten

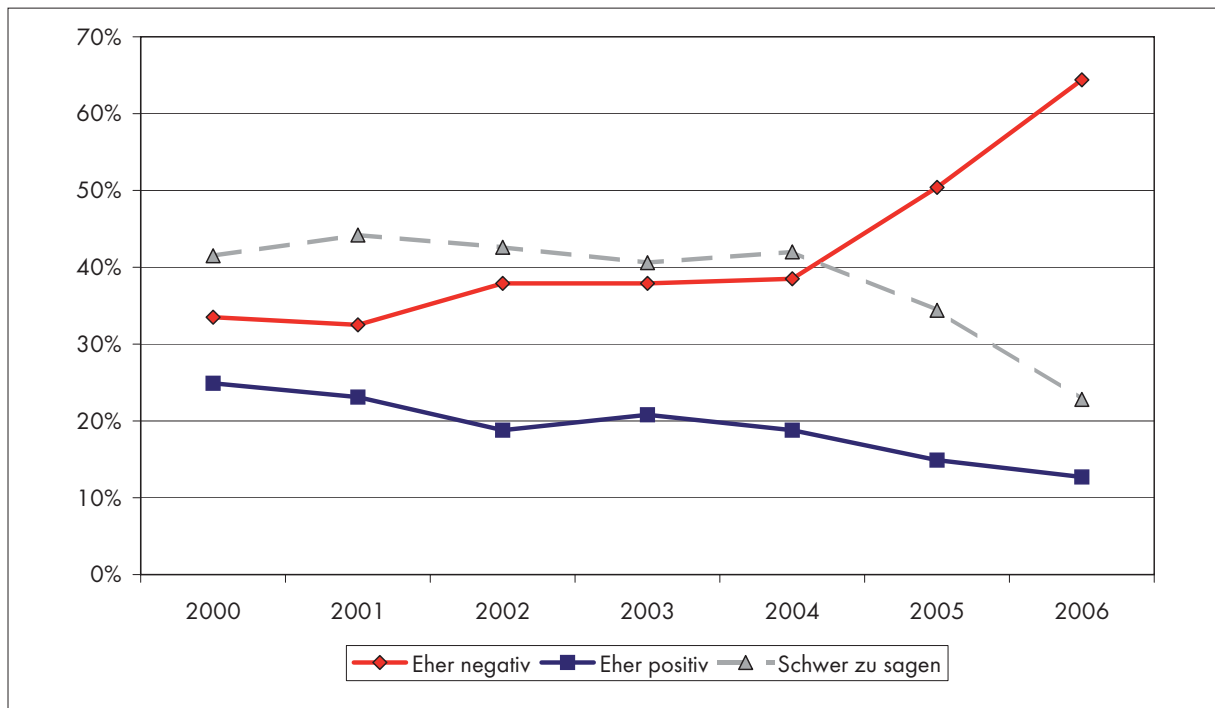
Quelle: *Cilovy plan Ukrajina – NATO na 2007 rik u ramkach Planu dij Ukrajina – NATO. Dodatok do Ukazu Prezidenta Ukrajiny vid 18 červnja 2007 roku, No 535/2007*, <http://www.mfa.gov.ua/data/upload/publication/mfa/ua/11960/plan2007.doc> (abgerufen 5.5.2008).

**Tabelle 3: Die Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte 2007**

Landheer	2.984 Kampfpanzer, über 600 Aufklärungspanzer BRDM-2, 2.818 Panzerfahrzeuge der Infanterie, 1.432 gepanzerte Mannschaftstransporter, 3.705 Artilleriegeschütze, 177 Hubschrauber usw.
Luftwaffe	116 Kampfflugzeuge, 72 Erdkampfflugzeuge, 23 Aufklärungsflugzeuge, 49 Transportflugzeuge, 39 Trainingsflugzeuge, 38 Unterstützungshubschrauber
Kriegsmarine	1 U-Boot (gebaut 1970, nicht einsatzfähig), 5 größere Überwasserschiffe (1 Fregatte, 4 Korvetten), 5 Schiffe für Patrouillen und Kampf nahe der Küste, 4 Fahrzeuge für die Minenkriegführung, 4 amphibische Fahrzeuge (je 2 Landungsschiffe und Luftkissenboote), 36 Schiffe für Logistik und Unterstützung
Marineluftwaffe (Teil der Kriegsmarine)	10 Kampfflugzeuge, 16 Transportflugzeuge, 77 Hubschrauber (davon 72 für die Bekämpfung von Schiffen)
Küstenwache (kein Teil der Kriegsmarine)	45 Schiffe für Patrouillen und Kampf nahe der Küste, einige Flächenflugzeuge und Hubschrauber

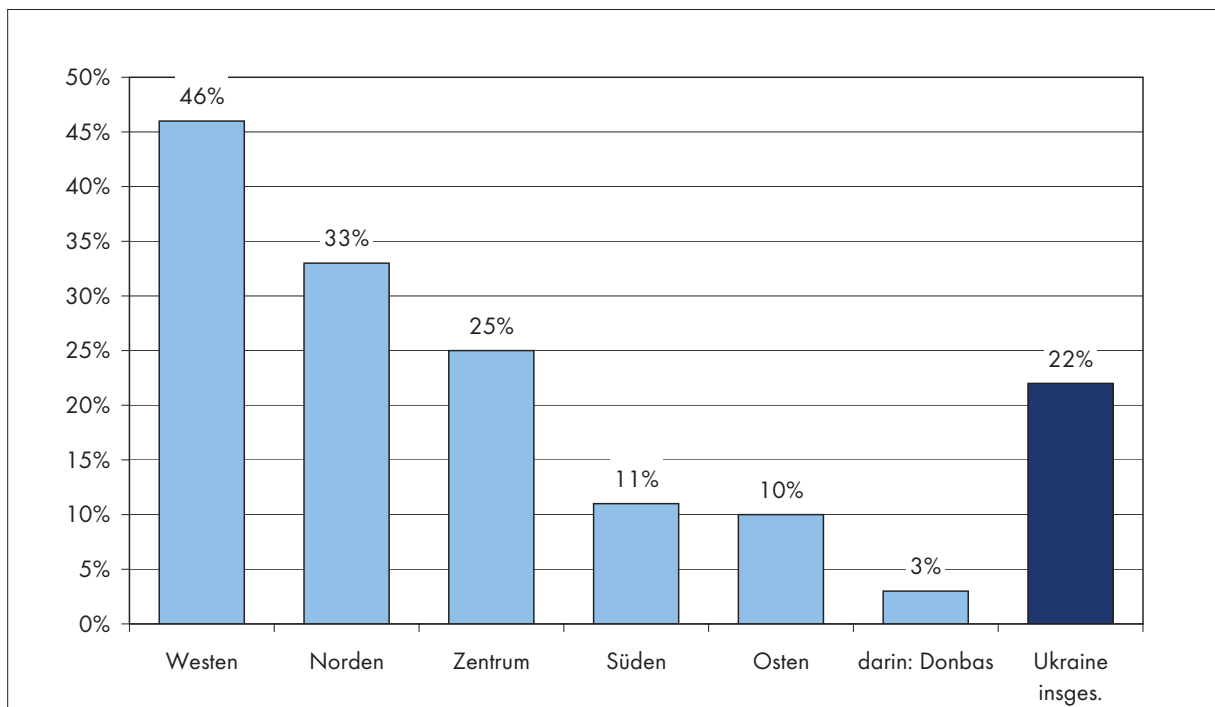
Quelle: *Military Balance 2008. International Institute for Strategic Studies, London 2008, S. 188ff.*

**Grafik 2: Die Haltung der ukrainischen Bevölkerung zu einem NATO-Beitritt des Landes 2000–2006**



Quelle: Zentrum Demokratische Initiative (2007)

**Grafik 3: Zustimmung zu einem NATO-Beitritt im Falle eines Referendums nach Regionen (2006)**



Quelle: Zentrum Demokratische Initiative (2007)

## Dokumentation

### Unfälle der ukrainischen Streitkräfte seit 2000

20.04.2001	Eine außer Kontrolle geratene taktische Boden-Boden-Rakete rast in ein Wohnhaus in der Stadt Browary bei Kiew und tötet drei Menschen. Fünf weitere verletzt.
04.10.2001	Eine Tupolev Tu 154 der Siberian Airlines wird über dem Schwarzen Meer auf dem Weg von Tel Aviv nach Moskau von einer ukrainischen Rakete abgeschossen. Alle 78 Insassen kommen ums Leben. Ukrainische Truppen hatten Raketenschießübungen auf dem Schwarzen Meer durchgeführt.
05.07.2002	Der Pilot einer israelischen Linienmaschine meldet bei Dnjepropetrowsk eine Raketenexplosion in Sichtweite seines Flugzeugs. Das ukrainische Militär teilte mit, zu diesem Zeitpunkt seien keine Raketen abgefeuert worden. Ob es sich um eine Sinnestäuschung des Piloten oder tatsächlich eine Rakete handelte, bleibt unklar.
27.07.2002	Bei dem Absturz einer Suchoi Su-27 bei einer Flugschau nahe Lwiw kommen 86 Menschen ums Leben, über 500 werden verletzt.
06.05.2004	Explosion eines Munitionslagers nahe der Stadt Saporosche bei dem fünf Menschen sterben und 20 weitere verletzte werden. Etwa 7.000 Menschen aus den umliegenden 12 Dörfern werden evakuiert. Die Explosion wurde durch zwei rauchende Soldaten ausgelöst.
27.03.2008	Ein Hubschrauber vom Typ Mi-8 des ukrainischen Grenzschutzes stürzt nahe der Schwarzmeerküste bei Odessa ab. 12 der 13 Insassen kommen dabei ums Leben.

*Zusammengestellt von Stefan Langkabel*

## Chronik

### Die Beziehungen der Ukraine mit der NATO

1991	Die formellen Beziehungen zwischen Ukraine und NATO beginnen mit dem Eintritt in den »North Atlantic Cooperation Council« (später in »Euro-Atlantic Partnership Council« umbenannt) nach Erlangung der Unabhängigkeit.
1994	Die Ukraine wird als erster GUS-Staat Mitglied in der »Partnership for Peace« (PfP).
1996	Ukrainische Soldaten nehmen an dem NATO-geführten Friedenstruppen-Einsatz in Bosnien und Herzegowina Teil.
09.07.1997	Verabschiedung der NATO-Ukraine Charta in Madrid: Militärische Partnerschaft zwischen NATO und Ukraine und Gründung der NATO-Ukraine Beziehungen.
1998	Die »NATO-Ukraine Joint Working Group on Defence Reform« wird gegründet.
1999	Das NATO-Verbindungsbüro wird in Kiew eröffnet. Es arbeitet mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium und anderen Agenturen zusammen.
2000	Das Ukrainische Parlament ratifiziert das »PfP Status of Forces Agreement«.
Mai 2002	Präsident Kuchma betont das Ziel der Ukraine einer eventuellen NATO-Mitgliedschaft.
22.11.2002	Der »NATO-Ukraine Aktionsplan« wird in Prag beschlossen.
03.06.2003	NATO-Ukraine Kommission in Madrid. Die Kommission trifft von nun an mindestens einmal jährlich zusammen.
April 2005	Der ukrainischer Außenminister verkündet, dass die Ukraine der NATO im Jahr 2008 beitreten will. Verstärkte Zusammenarbeit ukrainischer, russischer und NATO-Truppen im Mittelmeer gegen mögliche Terrorangriffe.



29.05.2006	Vertreter der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des Blocks Witrenko beginnen eine mehrtägige Blockade des Hafens von Feodosija auf der Krim, nachdem dort zwei Tage zuvor ca. 200 US-Marine Reservisten mit einem gecharterten Transportschiff gelandet waren. Das Manöver fand ohne Zustimmung des ukrainischen Parlaments statt.
27.04.2006	NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheff erklärt beim NATO-Außenministertreffen in Sofia, dass die Ukraine auf dem NATO-Gipfel im November 2006 in Riga eine Unterstützung seiner Mitgliedschaftsambitionen jedoch noch keine Einladung zu Aufnahmeverhandlungen erhalten werde. Während die US-Außenministerin Condoleezza Rice sich nicht auf einen konkreten Termin für einen »Membership action plan« für die Ukraine festlegen wollte, erklärte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in Riga, er gehe davon aus, dass der Plan im November vorliegen werde. Der ukrainische Außenminister Boris Tarasjuk betont in Sofia, dass der Weg der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft »unumkehrbar« sei.
06.06.2006	Das Parlament der autonomen Region Krim erklärt sich zur NATO-freien Zone. Präsident Juschtschenko erklärt, dass dies nichts an den vereinbarten Kooperationen mit der NATO ändern werde.
14.09.2006	Bei seinem Besuch im NATO-Hauptquartier erklärt Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, dass sich der NATO-Beitritt verzögern werde, da er von der Bevölkerungsmehrheit nicht getragen werde. Vertreter der Partei »Unsere Ukraine«, darunter Präsident Viktor Juschtschenko und Außenminister Boris Tarasjuk, widersprechen.
16.12.2006	An einem von der Kommunistischen Partei auf der Krim organisierten informellem Referendum über den ukrainischen NATO-Beitritt beteiligen sich etwa 900.000 Menschen, von denen etwa 98 % gegen den Beitritt stimmen.
13.02.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt auf dem jährlichen Treffen mit den in Kiew akkreditierten ausländischen Botschaftern, dass die Ukraine den Sicherheitsdialog mit der NATO fortsetzt.
27.02.2007	Vor seinem offiziellen Besuch in Berlin kritisiert Ministerpräsident Viktor Janukowitsch in einem Interview mit dem Handelsblatt die Pläne der USA zum Aufbau eines Raketenschildes an der NATO-Ostgrenze. Er erklärt, dass die polnische Unterstützung des Plans für die Beziehungen zur Ukraine nicht hilfreich sei und warnt vor einer erneuten Teilung Europas wie zum Beginn des Irak-Krieges. Präsident Viktor Juschtschenko betont hingegen in einer Stellungnahme, dass es das Recht souveräner Staaten sei, über Raketenstationierungen selber zu entscheiden und dass entsprechende Entscheidungen von der ukrainischen Regierung nicht »leichtfertig« kommentiert werden sollten.
13.06.2007	Die ukrainische Regierung beschließt den »Aktionsplan Ukraine – NATO« für 2007 mit halbjähriger Verspätung.
18.01.2008	Außenminister Wladimir Ogrisko übergibt NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer einen Antrag der Ukraine auf die Einsetzung eines »Membership Action Plan« für die Ukraine auf dem NATO-Gipfel im April in Bukarest. Das Schreiben wurde von Präsident Viktor Juschtschenko, Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk unterschrieben.
25.01.2008	Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk lehnt ein baldiges Referendum über einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine ab. Der NATO-Beitritt werde erst in fünf bis zehn Jahren aktuell sein. Die Opposition blockiert aus Protest gegen diese Haltung seit dem 18.01. die Rednerbühne im Parlament.
14.02.2008	In Reaktion auf Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine und die Stationierung westlicher Truppen Russland zwingen könne, seine Raketen auf die Ukraine auszurichten, erklärt der ukrainische Außenminister Wolodimir Ogrisko, dass die Ukraine niemals eine Bedrohung für Russland darstellen werde und dass die Stationierung ausländischer Truppen durch die ukrainische Verfassung ausgeschlossen sei.

25.03.2008	Russlands zukünftiger Präsident Medwedew warnt vor der Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO. Dies könne die Sicherheit in Europa gefährden.
29.03.2008	Protestkundgebung mit 5.000 Teilnehmern in Simferopol (Krim) gegen einen NATO-Beitritt.
01.04.2008	US Präsident George Bush besucht die Ukraine. Er unterzeichnet u.a. Abkommen über intensivierte Kooperation im militärischen Bereich. Bush bekräftigt seine Unterstützung für einen NATO-Beitritt der Ukraine.
02–04.04.2008	Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest wird der Vorschlag eines Membership Action Plan für die Ukraine abgelehnt. Entsprechende Vorschläge für Georgien und Mazedonien finden ebenfalls keine Mehrheit. Während sich insbesondere die USA und die westlichen Nachbarländer der Ukraine für einen Membership Action Plan eingesetzt hatten, waren Deutschland und Frankreich skeptisch. Präsident Viktor Juschtschenko äußert sich in Bukarest trotzdem erfreut über die grundsätzliche Bereitschaft die Ukraine in die NATO aufzunehmen und erklärt seine Hoffnung, dass die Ukraine im Dezember einen Membership Action Plan erhalten werde. Auf einer Demonstration mit 5.000 Teilnehmern in Kiew wirft Oppositionsführer Viktor Janukowitsch der Regierung vor mit ihrer NATO-Politik die europäische Sicherheitslage zu destabilisieren. In Donezk protestieren etwa 6.000 Menschen gegen einen NATO-Beitritt.
5.4.2008	In einem Fernsehinterview erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass er sich ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO in zwei Jahren vorstellen könne, da die Ukraine bis dahin auf die Mitgliedschaft ausreichend vorbereitet sei und auch die erforderliche nationale Debatte bis dahin stattgefunden habe.

*Zusammengestellt von Stefan Langkabel*

*Quellen:* <http://www.nato.int/issues/nato-ukraine/index.html>  
<http://www.dw-world.de>, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>  
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Ukraine/Aussenpolitik.html#t2>  
<http://de.rian.ru/postsowjetischen/20080329/102508751.html>.

**Chronik**
**Vom 23. April bis zum 12. Mai 2008**

23.4.2008	Präsident Viktor Juschtschenko vertagt die Sitzung des Verfassungsrates auf unbestimmte Zeit. Formaler Anlass ist eine entsprechende Bitte von Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk aufgrund von Gesundheitsproblemen. Juschtschenko hatte die Einsetzung des Verfassungsrates Ende Dezember 2007 verfügt, um eine Verfassungsreform ausarbeiten zu lassen. Die entsprechende Arbeitsgruppe des Verfassungsrates hatte einen Entwurf am Vortage fertiggestellt. Vertreter des Blocks Timoschenko werfen Juschtschenko vor, den Verfassungsrat blockieren zu wollen, da seine Vorschläge die Vollmachten des Präsidenten einschränken. Juschtschenko erklärt am Folgetag auf einer Pressekonferenz, dass die Vorschläge des Blocks Timoschenko zur Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems gefährlich seien.
25.4.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko ernennt erneut Andrij Portnow zum Leiter des Fonds für Staatsvermögen. Der Streit zwischen Regierung und Präsident um die Leitung des Fonds eskaliert damit. Die Regierung hatte die alte Leiterin, Valentina Semenjuk, nach Vorwürfen von Korruption und Ineffizienz bereits Anfang Februar entlassen und durch Portnow ersetzt. Präsident Viktor Juschtschenko hatte die Entlassung damals annulliert, da sie gesetzlich nur vom Parlament vorgenommen werden könne. Ein Kiewer Gericht hatte diese Argumentation anschließend abgelehnt. Juschtschenko verfügt jedoch erneut einen Erlass, der die Ernennung Portnows annulliert. Timoschenko fordert Portnow auf, die Präsidialerlasse zu ignorieren. Laut Verfassung stehen Präsidialerlasse aber über Regierungsverordnungen.
28.4.2008	Die Regierung erklärt, alle Schulden für Erdgasimporte beglichen zu haben. Sie macht aber keine Angaben zur Höhe der Zahlungen. Die Höhe der Schulden war Anfang des Jahres Gegenstand eines Streits zwischen der Ukraine und dem russischen Erdgasmonopolisten Gazprom.
29.4.2008	Der Block Timoschenko fordert die Entlassung des Generalstaatsanwaltes, nachdem dieser sich (im Sinne der Position von Präsident Viktor Juschtschenko) gegen die Regierungsverordnung zur Umbesetzung der Leitung des Fonds für Staatsvermögens durch die Regierung gestellt hatte.
1.5.2008	Etwa 3.000 Anhänger linker Parteien nehmen in Kiew an Demonstrationen zum 1. Mai teil.
5.5.2008	Die Inflation in der Ukraine ist bereits im ersten Quartal 2008 auf fast 10 % gestiegen. Die Nationalbank macht hierfür vor allem die Sozialprogramme der Regierung verantwortlich.
5.5.2008	Das ukrainische Außenministerium protestiert bei der russischen Botschaft formal gegen einen Torpedotest der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim, erklärt aber, dass dies die bilateralen Beziehungen nicht belastet.
7.5.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass sie davon ausgehe, dass bereits in der nächsten Woche ein Gesetzentwurf für eine Verfassungsreform in das Parlament eingebracht werde.
7.5.2008	Der Leiter der staatlichen ukrainischen Energiefirma Naftohaz erklärt, dass die Odesa-Brody-Erdölpipeline ab Juli 2008 genutzt werde, um Erdöl vom Schwarzen Meer nach Mitteleuropa zu transportieren. Die Pipeline war bereits in den 1990er Jahre geplant worden, um Erdöl vom Kaspischen Meer zu importieren und über eine Verlängerung bis an die polnische Ostseeküste zu transportieren. Da dieser Transportweg aber aus Kostengründen gegenüber russischen Erdölexporten nicht konkurrenzfähig war, wurde die Pipeline seit ihrer Inbetriebnahme 2004 stattdessen benutzt, um russisches Erdöl zur Verschiffung an die Schwarzmeerküste zu transportieren.
8.5.2008	Präsident Viktor Juschtschenko nimmt in der Region Donezk an einer Gedenkfeier für Gefallene des Zweiten Weltkrieges teil.
10.5.2008	Prominente Vertreter des Blocks Timoschenko, darunter der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Turtschinow, warnen den Präsidenten, dass eine Auflösung des Verfassungsgericht, deren Planung ihm unterstellt wird, legal nicht möglich sei und zu einer schweren politischen Krise führen werde.
12.5.2008	Der Konflikt zwischen Regierungskoalition und Präsident eskaliert erneut. Der Block Timoschenko erklärt, die Rednertribüne des Parlamentes blockieren zu wollen, wenn nicht umgehend über die Besetzung der Leitung des Fonds für Staatsvermögen debattiert werde. Juri Luzenko vom Block Selbstverteidigung des Volkes, dem Schweserblock von Unsere Ukraine, fordert den Rücktritt des Leiters der Präsidialverwaltung, Viktor Baloha.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)